

Bundespräsidialamt  
z.H. Herrn Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier  
Spreeweg 1  
10557 Berlin  
[bundespraesidialamt@bpra.bund.de](mailto:bundespraesidialamt@bpra.bund.de)

## **Ablehnung Drucksache 20/12805**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

mit großer Besorgnis wende ich mich an Sie, um Sie eindringlich zu bitten, das „Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems“ (Drucksache 20/12805) nicht zu unterzeichnen. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass der Bundesrat das „Gesetz zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung“ – den zustimmungspflichtigen Teil des sogenannten Sicherheitspakets – abgelehnt hat.

Ich bin der festen Überzeugung, dass insbesondere die darin enthaltenen waffenrechtlichen Regelungen nicht geeignet sind, die beabsichtigten Ziele zu erreichen, und darüber hinaus rechtstreue Bürger unverhältnismäßig einschränken.

Die vorgeschlagenen Verschärfungen im Waffenrecht stellen eine erhebliche Belastung für alle gesetzestreuen Bürger und Waffenbesitzer dar, ohne die Gesetzesintention, den Terrorismus, Extremismus und Islamismus sowie die Messerkriminalität zu bekämpfen, zu erreichen. Die waffenrechtlichen Maßnahmen bieten keinen Mehrwert für die innere Sicherheit. Sie treffen ausschließlich Personen, die sich bereits an die geltenden Gesetze halten und den behördlichen Vorgaben nachkommen und hätten die schrecklichen Attentate in Solingen und Mannheim nicht verhindert.

Eine wirkungsvolle Politik zur Stärkung der inneren Sicherheit muss gezielt an den Ursachen von Kriminalität und illegalem Waffenbesitz ansetzen, anstatt rechtstreue Bürger und verantwortungsvolle Waffenbesitzer zu kriminalisieren und zu stigmatisieren. Die vorliegenden waffenrechtlichen Änderungen erwecken den Eindruck, dass eine übereilte Symbolpolitik unter Aussetzung demokratischer Abläufe wie der Verbändeanhörung und der Zustimmung durch den Bundesrat auf dem Rücken einer Minderheit betrieben wird, ohne dass es zu einer tatsächlichen Verbesserung der Sicherheitslage kommt. Dies schwächt das Vertrauen in die Demokratie und stärkt die Politikverdrossenheit in unserem Land.

Ich bitte Sie daher, von Ihrer verfassungsrechtlichen Befugnis Gebrauch zu machen und dieses Gesetz nicht zu unterzeichnen. Ein überstürztes Inkrafttreten derartiger Regelungen würde nicht nur die Glaubwürdigkeit einer sachlichen und rechtsstaatlichen Sicherheitspolitik gefährden, sondern auch die Rechte unbescholtener Bürger unnötig einschränken.

In der Hoffnung, dass Sie meiner Bitte Gehör schenken, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen